

Die

# Graphische Presse.

Organ für die Interessen der Lithographen, Steindrucker, Lichtdrucker, Notensteher, Notendrucker und verwandte Berufe.

Publikations-Organ des Vereins der graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen, des deutsch. Senefelder Bundes und der deutschen Vereine des Auslandes.

**Abonnement.**

Die Graphische Presse erscheint wöchentlich freitags. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Reg.-Katalog Nr. 2573.)

Für die Bänder des Weltpostvereins Mk. 1.25.

**Redaktion und Expedition.**

Redaktion, Druck und Verlag: **Rouard Wähler, Schenck-Beispig**, wohnl. alle Korrespondenzen, Annoncen, Bestellungen und Geldbeträge zu senden sind. **Redaktionschluss: Dienstag.**

**Insertion.**

Für die dreispaltige Zeitspalte oder deren Raum 26 Pf., bei Wiederholung Rabatt. Für Annoncen unter Verbrügung der Abonnementzeitung, sowie Vereinsanzeigen 10 Pf. Beilagen nach Uebereinkunft.

## Zur sächsischen Vereinsgesetznovelle.

P. Br. Die Thronrede bei Eröffnung der diesjährigen sächsischen Landtagsession kündigt eine besonders für die Gewerkschaften wichtige Reform an, die angenehm von den sonst bekannten sächsischen Gepflogenheiten absteht, — die Aufhebung des Verbindungsverbotes für Vereine, die sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigen. Der § 24 des sächsischen Vereinsgesetzes verbietet bekanntlich solchen Vereinen, mit einander in Verbindung zu treten oder Zweigvereine zu errichten, soweit sie nicht Korporationsrechte und eine spezielle ministerielle Erlaubnis erlangt haben. Namentlich die sächsischen Gewerkschaften haben unter der Anwendung dieses Verbotes, das ihnen die Einrichtungen von Zweigvereinen der Zentralverbände verwehrte, zu leiden gehabt und wenn es den Behörden auch nicht möglich war, die Arbeiterorganisationen gänzlich zu unterdrücken, so hat das Verbindungsverbot doch mehr als einmal die ruhige Entwicklung derselben unterbrochen und ihre Kämpfe empfindlich geschädigt. Es hat für die Gewerkschaften einen Zustand geschaffen, wie er in Deutschland sonst nirgends besteht, und ihre Mitglieder gezwungen, auf Rechte zu verzichten, deren sich anderwärts alle Arbeiter erfreuen. Es hat aber die Arbeiter auch veranlaßt, sich mit allen Mitteln gegen diesen unhaltbaren Zustand zu wehren und Wege ausfindig zu machen, der Zentralorganisation trotz des Vereinsgesetzes und seiner tendenziösen Handhabung Eingang zu verschaffen. Die Anwendung des § 24 hat uns zur Genüge gelehrt, daß die sächsischen Behörden mit zähem Eifer das Ziel verfolgten, die sächsischen Arbeiterorganisationen, insbesondere die Gewerkschaften, von den außer-sächsischen Verbänden und Vereinen zu isolieren. Die Gewerkschaftsorganisation kann ohne Zentralisation, ohne die Zusammenfassung aller Kräfte des gleichen Berufs im ganzen Reiche, nicht zur vollen Entwicklung und Wirksamkeit gelangen. Im Staate der Freizügigkeit ist die einheitliche Organisation aller Berufsgenossen die Voraussetzung nachhaltiger Erfolge, — das hat uns die Entwicklung der letzten zwei Jahrzehnte bewiesen. Deshalb war das freie Verbindungsrecht eine der Grundlagen der Gewerkschaftsbewegung, die in ihren elementaren Fortschritten keineswegs vor dem kleinen Etbländchen Halt machen kann, weil es da der Reaktion gefiel, der Arbeiterbewegung Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Während nun in allen übrigen Teilen Deutschlands die Zentralisation sich entfalten konnte, verhinderte dies in Sachsen die Auslegung des § 24 des Vereinsgesetzes, weil man die Gewerkschaften als Organisationen erachtete, die sich mit öffentlichen Angelegenheiten befassen. Im Grunde genommen, besagt der Begriff „öffentliche Angelegenheiten“ nicht mehr, als der Begriff „politische Angelegenheiten“.

wie ihn das preußische Vereinsgesetz kennt; nur ist er unklarer als letzterer, und darin liegt das, was ihn zu einem „Zuwel“ in den Augen der Regierung stempelt, weil die unklare Fassung weit mehr hineinzulegen gestattet, als es die ursprüngliche Absicht des Gesetzgebers war. Auch in Preußen hat man ja keine Mühe gescheut, die Gewerkschaften als „politische Organisationen“ zu behandeln, aber alle Versuche endeten mit Mißerfolg; die Kautschulfassung des sächsischen Verbindungsverbotes dagegen ermöglichte den Gerichten, dasselbe auch auf die Gewerkschaften auszudehnen und diesen die Zentralisation zu verwehren. Aber die Macht des Klassenkampfes war stärker, als der Widerstand der Reaktion. Die Arbeiter gaben deshalb die Zentralisation nicht preis, sondern fanden das Mittel, um diese vor dem behördlichen Angriffen sicher zu stellen. Das Vereinsgesetz bezieht sich auf Vereine, also auf eine äußerliche Form der Organisationsform, die zwar praktisch, aber in einem höheren Stadium des Klassenkampfes nicht mehr unumgänglich notwendig ist. Durch Verzicht auf diese Vereinsform entzogen sie sich den Beschränkungen des Vereinsgesetzes und organisierten sich als Einzelmitglieder mit einem Vertrauensmann, der die Verbandsgeschäfte besorgte. Natürlich war das den Behörden wieder nicht recht, denn für diese kam nicht die bloße Beachtung der gesetzlichen Vorschriften, sondern deren unbedingte Anwendung auf die Arbeiterorganisation in Betracht. Flugs wurde eine neue Interpretation hervorgeholt, wonach die mehr oder minder zu fälligen öffentlichen Berufsversammlungen als Vereinsversammlungen und der oder die Vertrauensleute als Vorstand dieses „geheimen Vereins“ erachtet und die solcherweise in den Köpfen der Behörden konstruierte Organisation wegen verbotenen Inverbindungsretens mit dem Zentralverband „aufgelöst“ wurde. Ja, man leistete sich sogar das vielbewunderte Kunststückchen, daß außerhalb Sachsens noch nicht nachgemacht werden konnte, einen einzelnen Vertrauensmann „aufzulösen“.

Aber hier hatten die behördlichen Auskügelingen auch ihre äußerste Grenze erreicht; der Erfolg war jedoch gleich Null. Wohl bestätigten die Gerichte die felsamen Ausföhrungen, indem sie aus kleinen Außerlichkeiten und Formfehlern einen Strich zusammendrehten, — aber sie konnten das eine Resultat nicht hinweg dekretieren, daß es jedermann gestattet sei, Einzelmitglieder einer außer-sächsischen Organisation zu werden, und daß der Verbandsvorstand der letzteren einzelnen Personen zur Wahrung der Verbandsinteressen bevollmächtigen könne. Diesen letzten Rest der sächsischen Koalitionsfreiheit unangreifbar festgesetzt zu haben, das war das ungewollte Verdienst der behördlichen Kampagne der Gewerkschaften, mit deren Erfolg die Arbeiter zufrieden sein konnten, denn die Vernichtung der Zentralisation war damit

endgültig gescheitert. Damit war aber auch das Verbindungsverbot überflüssig geworden; es eignete sich höchstens noch zu kleinlichen Chikanen, nicht aber für eine zielbewußte Unterdrückungspolitik. Die Arbeiterklasse hatte es fertig gebracht, der Regierung ihr bestes Werkzeug zerbrochen vor die Füße zu werfen; zugleich wuchs auch in bürgerlichen Kreisen die Abneigung gegen derartige Gesellen des Vereinslebens, die von allen Parteien als lästig empfunden werden mühten, wenn sie gegen die sorgordnungsstreuen Vereine auch niemals zur Anwendung gelangten. Das zweite Recht ist nirgends so drastisch zum Ausdruck gekommen und das Ansehen des Rechtsstaates durch nichts so sehr erschüttert worden, als durch die verschleierten Anwendung der Verbindungsverbote gegen Vereine.

So war der Zeitpunkt gekommen, dieses überflüssig gewordene Werkzeug der Reaktion zu beseitigen. Aber die Anregung kam nicht von der sächsischen Regierung oder von den Ordnungsparteien, sondern durch ein Votum des deutschen Reichstages. Als die Reichsregierung das Einföhrungsgesetz zum bürgerlichen Gesetzbuch in einer Fassung verabschieden wollte, die hinsichtlich der Rechtsstellung der politischen, wirtschaftlichen und religiösen Vereine alles beim alten ließ, da erhob der Reichstag Einspruch und drohte, seine Zustimmung zum bürgerlichen Gesetzbuch von der Anerkennung von Reformen abhängig zu machen. Da gab der Reichskanzler v. Hohenlohe am 27. Juni 1896 das Versprechen ab, daß nach inzwischen erfolgten Erörterungen der beteiligten Regierungen bis zum Inkrafttreten des bürgerlichen Gesetzbuches die Verbindungsverbote überall abgeschafft werden sollten. Der Grund des Vorgehens im Reichstage aber war der bekannte Köllersche Geniestreich gegen die sozialdemokratische Parteiorganisation gewesen, der in seinen Konsequenzen gleicherweise alle bürgerlichen Parteien bedrohen mußte und diesen daher eine Stellungnahme gegen dieses Ueberbleibsel der Reaktion aufzwang. So war Köllers That in Wahrheit, wie Wepffkoppeles im Faust sagt: Ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft! Die preußische Regierung hat freilich das Kanzlerversprechen schlecht eingelöst, obwohl Fürst Hohenlohe auch preußischer Ministerpräsident ist. Sie glaubte, die Beseitigung des Verbindungsverbotes von einer Reihe anderweitiger reaktionärer Beschränkungen abhängig machen zu dürfen und schuf die bekannte lex Neke zur Bergewaltung aller Oppositionsbestrebungen. Die knappe Landtagsmajorität hat ihr aber einen Strich durch die Rechnung gemacht und seitdem hat sich die preußische Regierung durch ihren Reaktionsstreich in eine klägliche Lage drängen lassen, daß auf der einen Seite das Volk endlich die Einlösung des Kanzlerversprechens verlangt, auf der anderen Seite das preußische Herrenhaus eine einfache Aufhebung des Verbindungsverbotes ohne Konzentrationen unmöglich macht. Diese

Situation ist für Preußen um so kläglicher, als nun selbst die sächsische Regierung ihr viel wirksameres Verbindungsverbot bedingungslos preis gibt.

Allerdings hat sich die sächsische Regierung für ihre Reform bereits vorher bezahlt gemacht, indem sie dem arbeitenden Volke sein Wahlrecht verschlechterte und nahezu wertlos machte, und sie konnte auf den § 24 um so eher verzichten, als ihr eine Reihe anderer Präventivmaßregeln Gelegenheit geben, der Arbeiterbewegung entgegenzuwirken, wie Redeverbote, Versammlungsverbote, Wortzettelungen, Polizeiverordnungen bei Ausständen und der famose Schutz der Arbeitswilligen. Zu dem schmeckt die rechtzeitig vor dem kommenden Reichstagswahlen angekündigte Reform nach einem Wahlmänner und der einfache Verzicht ist sicher von der Rücksicht geleitet, der in den nächsten Wahlen zum Ausdruck kommenden Entrüstung der Arbeitermassen über die sächsische Wahlrechtgebung den Wind aus den Segeln zu nehmen. In dieser Hinsicht wäre also die Reform ein Erfolg der Arbeiterbewegung. Natürlich acceptieren die Arbeiter derartige Zugeständnisse nicht als Bezahlung für die Wahlrechtgebung, sondern als selbstverständliche Erfüllung des im Reichstag gegebenen Versprechens und haben daher auch keinen Anlaß, bei den kommenden Wahlen irgendwelche Rücksicht oder Dankbarkeit walten zu lassen. Die sächsischen Arbeiter werden mit Freuden die Beendigung eines Ausnahmezustandes entgegensehen, der ihnen allerlei Schwierigkeiten und Verzichtsleistung auf Rechte brachte, der sie aber auch zu höherem Klassenbewußtsein, Organisationsstreue und Kampfesdisziplin erzog, sie werden das erweiterte Verbindungsrecht, sobald es Gesetz geworden ist, als eine notwendige Waffe im Befreiungskampfe ausnützen und ihre Organisationsform der Einheitsform der Gewerkschaften anpassen. Aber sie werden auch im neuen Stand der Dinge nicht aufhören, überzeugungstreue und unerfütterliche Vorkämpfer der deutschen Arbeiter zu sein.

Für Preußen aber wird nun ebenfalls bald die Stunde schlagen, wo es gilt, von dem reaktionären vorkrieglichen Verbindungsverbot bedingungslos Abschied zu nehmen. Ein Kanzlerwort ist so gut wie ein Kaiserwort, das unbedingt Einlösung heischt. Kann das nicht im Wege der Landesgesetzgebung geschehen, so mag der Reichskanzler ein Reichsgesetz vorlegen und die preußische Regierung im Bundesrat zu stimmen oder überstimmen lassen, sonst werden die nächsten Reichstagswahlen der zögernden Reaktion eine deutliche Antwort geben!

### Der Bund der Industriellen

hielt am Montag, den 15. November, im Hotel „Der Jahreszeiten“ in Berlin eine Sitzung ab, zu der der Eintritt nur gegen Vorlegung einer Einladungskarte gestattet war und in der Fabrikbesitzer O. Weigert einen Vortrag über die Organisation der Arbeitgeber und die Streikversicherung mit besonderer Berücksichtigung der kürzlich gegründeten Streikversicherungsgesellschaft „Industria“ hielt. Die Versammlung war von Industriellen stark besucht. Völlig, die Arbeiterversammlungen selten ohne ihre geschätzte Anwesenheit läßt, war nicht vorhanden.

Der Redner wies einleitend auf die Unterschiede zwischen den Hirsch-Dunder'schen Gewerbevereinen und den sozialdemokratischen Gewerkschaften hin, wobei er den letzteren die weit größere Gefährlichkeit für die Unternehmer zusprach. Sodann ging er ausführlich auf die größeren Streiks ein, die in den letzten Jahren die Öffentlichkeit beschäftigt haben. So sei der vorjährige Lithographenstreik bei den Saaren herbeigekommen gewesen. Rührerlich ist dem Redner die Forderung auf Abschaffung der Alfordarbeit und auf Bezahlung der Feiertage erschienen, ebenso die Weigerung der Arbeiter, solche Arbeit auszuführen, die aus Fabriken überwiehen wurde, in denen die Arbeiter streikten. Die Arbeiter hätten schließlich kein Begehren müssen, sie hätten einen Verlust von 400000 Mk. gehabt und hätten nicht alle wieder Arbeit gefunden, weil die Unternehmer diejenigen Arbeiter, die ihnen in Zeiten der Not geholfen hatten, mit Recht nicht entlassen hätten. Auch beim letzten Formierstreik sei es ähnlich gewesen, und man müsse sich fragen, wie vernünftige Menschen aus solchen Gründen einen Ausstand beginnen können.

Da sei es denn dringend Zeit, daß etwas geschehe, nicht nur der Unternehmer wegen, sondern auch, um die arbeitswilligen Arbeiter zu schützen. Der Organisation der Arbeiter müsse die geschlossene Organisation der Unternehmer entgegengestellt werden. Es sei nicht nötig, daß § 152 der Gewerbe-Ordnung, der die Koalitionsfreiheit sicher stellt, aufgehoben werde, weil dann ja ver-

mülich auch die Koalitionsfreiheit der Unternehmer eingeschränkt werden würde. Dagegen müsse verlangt werden daß der § 153, der Bedrohung, Berufsverklärung etc. mit Strafe bedroht, mit aller Strenge angewandt werde. Ferner aber müßten die Unternehmer durch Selbsthilfe etwas zu erreichen versuchen. Erhielten sollten sich die Unternehmer der einzelnen Branchen zur Berufsorganisation zusammenschließen, um die gemeinsamen Interessen der Arbeiter gegenüber wahrzunehmen zu können. Es sollten allgemein gültige Arbeitsordnungen geschaffen werden. Ferner müßten in jeder Branche kostenfreie Arbeitsnachweise geschaffen werden, und zwar dürften diese nicht zur Ausschließung derjenigen Arbeiter benutzt werden, die sich bei legenden Arbeit eher mitleidig gemacht haben, sondern höchstens dürfe anderweitig freireichenden Arbeitern keine Arbeit nachgewiesen werden. Auch sollten überall Arbeiterauschüsse gebildet werden, damit sich Chef und Arbeiter bei drohenden Konflikten leicht verständigen können. Als drittes Postulat stellt der Redner auf, daß bei ausgebrochenen Streiks regelmäßig die Einigungsämter der Gewerbeämter um einen Einigungsversuch angegangen würden. Und zwar sei es wünschenswert, daß ein solches Anrufen des Einigungsamtes durch das Gesetz obligatorisch gemacht werde. Selbst, wenn dann eine Einigung nicht zu Stande komme, sei es schon ein großer Gewinn, daß durch das Einigungsamt die wirklichen Ursachen, die zu dem Streik geführt haben, vor der Öffentlichkeit klargestellt werden.

Endlich sei es aber dringend nötig, daß sich die Unternehmer gegen die ihnen durch Arbeitsentstellungen wachsenden Verluste versicherten, wie es durch die jetzt gegründete „Industria“ möglich sei. Die Gründung einer solchen Gesellschaft habe bisher Schwierigkeiten gemacht, weil man kein Merkmal gehabt habe, wo die berechtigten Streiks aufhören und die unberechtigten, die allein unter die Versicherung fallen können, anfangen. Dieses Merkmal sei jetzt durch die Vorschrift gegeben, regelmäßig, bevor die Versicherungsgesellschaft einträte, das vollständige Einigungsamt angerufen werden müßte. Erscheinen die Arbeiter nicht vor dem Gewerbeamt oder wird ihr Streik für unberechtigt erklärt, dann trete die Gesellschaft für die Schäden ein. Prinzip der Gesellschaft sei, daß nur der nachweisbar entstandene Schaden, nicht aber entgangener Gewinn versichert werde. Durch diese Einrichtung würden in Zukunft viele unberechtigte Streiks unterbleiben, weil die Arbeiter wüßten, daß der Schaden nicht den Unternehmer, sondern die Versicherungsgesellschaft treffe. Viele arbeitswillige Arbeiter würden davon bewahrt werden, daß unberechtigterweise an ihr Solidaritätsgefühl appelliert werde, wofür Appell sie im anderen Fall nur allzu häufig nachkämen. Die Arbeiter würden infolge aller dieser Umstände nach und nach einsehen, daß sie bisher höchst gefährdet worden seien und daß die Vertreter des Kapitals und die der Arbeit nicht verschiedene, sondern gemeinsame Interessen haben. Die Versicherung gegen Streikverluste werde also dazu beitragen, den Frieden zwischen Kapitalisten und Arbeitern zu schaffen.

Es entspann sich über den Vortrag sodann eine zum Teil recht lebhafte Diskussion. Ein Herr Spitzstowky bedauert, daß die Fabrikanten früher die Hirsch-Dunder'schen Gewerbevereine nicht unterstützt haben; hätten sie das getan, dann würden die sozialdemokratischen Gewerkschaften nicht so groß geworden sein. Der Verband der Berliner Schuhfabrikanten, dem der Redner angehört, habe sich längst auf den Boden der Selbsthilfe gestellt und auch häufig Erfolg gehabt. Das richtige Prinzip sei es, wenn die Arbeiter, sofern in irgend einer Fabrik gestreikt werde, in der ganzen Branche ausgesperrt würden und wenn die Unternehmer durch die Statuten ihrer Berufsorganisation, durch Strafsetzungen gezwungen würden, sich den gestrichen Beschäftigten zu fügen. (Wenn aber die Arbeiter nur durch Ueberredung auf „arbeitswillige“ Arbeiter einzuwirken suchen, sich etwaigen Streiks anzuschließen, dann sollen sie bestraft werden!) Die Reduktion.) Er bestritt, daß durch die geplante Versicherung die Arbeitswilligen geschützt werden. Anders läge die Sache, wenn den sämtlichen arbeitswilligen Arbeitern, auch wenn die Fabrik streiketen, der Lohn weitergezahlt werde. (Es wird gerufen, das solle geschehen.) Wenn dies geschehe, dann würde jedoch wieder viel Mißbrauch getrieben werden und von den gestrichen Können werde ein großer Teil in die Streiklisten fliehen. Das Besiechen der Versicherung werde ein Ansporn für die Arbeiter sein, sich noch strammer zu organisieren. Sehr große Schwierigkeiten werde es machen, den wirklich entstandenen Schaden nachzuweisen. Das richtige sei seiner Meinung nach die Organisation der Unternehmer innerhalb der einzelnen Berufs und ebenso die gegenseitige Entscheidung innerhalb der Berufsverbände. Rechtsanwalt Dr. Lubjanski, der zu den Gründern der „Industria“ gehört, teilt mit, daß die Zahlung des Lohnes an die arbeitswilligen Arbeiter in der That erfolgen werde daß sich die Gesellschaft dagegen nicht darauf einlassen könne, entgangenen Gewinn zu versichern. Sie könne nur den nachweisbaren entstandenen Schaden den vergüten. Herr Bly, Vorstandsmitglied der freien Vereinigung der Berliner Holz-Industriellen, erzählt ebenfalls einiges aus seinen Erfahrungen. In seiner Branche befänden solche fast überall. Aber die Arbeiter teilen sich in allen Streikfällen an ihren Holzarbeiter-Verband. Die zu den Arbeiterauschüssen gehörenden Arbeiter erklärten einfach, sie könnten keine Abmachungen treffen, sondern müßten erst abwarten, welche Weisungen sie von „oben“ bekämen. Bei dem Eisarbeiterstreik im Frühjahr 1896 habe das Einigungsamt den Arbeitern einmütig Unrecht gegeben; trotzdem aber hätten die Arbeiter ihre Forderungen durchgesetzt, weil unter den Unternehmern keine Einigkeit gewesen sei und die kleineren Unternehmer erklärt hätten, sie seien bisher den großen gefolgt, könnten es jetzt aber

nicht mehr aushalten und müßten den Forderungen der Arbeiter nachgeben. Für solche Fälle sei eben die Versicherung sehr praktisch. Auch bei den vielen aus Anlaß des 1. Mai entstandenen Streiks werde sie für die Unternehmer vorteilhaft sein. Außerdem müsse man neben den materiellen Vorteilen auch den moralischen Eindruck, den das Besiechen der Versicherung auf die Arbeitgeber machen werde, berücksichtigen. Bisher hätten die wohlorganisierten Arbeiter das Gefühl gehabt: wir werden gut unterstellt, während ihr Unternehmer große Schäden erleidet. Das werde infolge der Versicherung anders werden. — Auf eine Anfrage bescheiden Redners, was die Versicherung den Industriellen kosten werde, erwidert Weigert, daß man darüber noch nichts in die Öffentlichkeit gelangen lassen könne, weil die mathematischen Berechnungen noch nicht abgeschlossen sind. — Zum Schluß gibt Herr Willner, Generalsekretär des Verbandes deutscher Kaufleute und Industrieller, der Meinung Ausdruck, daß innerhalb der Gesamtunternehmerenschaft eine Interessenolidarität nicht bestehe, sondern nur innerhalb der einzelnen Branchen. Deshalb sagte er: Organisiert Euch, aber nach Berufs! So machten es die Arbeiter auch. Zum Schluß wurde die folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung erkennt die Notwendigkeit einer Gesamtorganisation der Arbeitgeber in vollem Umfange an und begründet den Plan einer Versicherung gegen Verluste durch Arbeitsentstellung als den ersten Schritt hierzu um so freudiger, als dadurch gleichzeitig ein wirksames Mittel zur Verbütung unberechtigter Ausstände gegeben wird.“

Im Anschluß hieran schreibt uns ein Kollege aus Berlin: Die Unternehmer, welche schon von einer ganz anderen Position kämpfen können als die Arbeiter, weil sie die wirtschaftliche Macht besitzen und ihnen die Staatsgewalt viel mehr zugehört ist als den Arbeitern, sind damit nicht zufrieden, sondern wollen jede Regung der Arbeiter nach auswärts im Keim ersticken. An und für sich haben nun die Unternehmer das selbe Recht sich zu organisieren wie die Arbeiter und thun dies auch oft in viel reichlicherer Weise als die Arbeiter, aber gegen die Finanzmationen, welche in der Rede des Herrn Weigert enthalten sind, müssen wir uns doch entschieden wenden. Entschieden müssen wir betonen, daß die Arbeiter bis dato keinen Streik vom Haune gebrochen haben, sondern daß stets erst die äußerste Not die Arbeiter dazu gezwungen hat. Nachdem gewöhnlich jeder Vereinskongress von den Fabrikanten abgelehnt wurde, griffen erst die Arbeiter zu dem äußersten Mittel, dem Streik. Die Löhne, welche in manchen Berliner Druckerelen und Lithographischen Anstalten gezahlt werden, sowie die seine Behandlungswiese gegen die Arbeiter sind derartige, daß im vorigen Jahre kein anderer Weg übrig blieb als der Streik. Daß sich der Streik so ausgedehnt hatte, ist nur durch den Fabrikantenring ermöglicht worden. Wenn nun in dem oben angeführten Aeußerungen die Rede von Einigungsämtern ist, so sind die Arbeiter bis zu einer gewissen Grenze auch dafür, aber nicht in dem Sinne, wie es gewöhnlich die Unternehmer wünschen, daß die Einigungsämter gleichzeitig Abschlichtungsämter sind, indem die Vertreter der Arbeiter gar nicht anerkannt werden.

Ferner liegt es nicht im Interesse der deutschen Industrie, daß die Unternehmer Organisationen bilden. Die Unternehmer haben sich stets gegen jede Besserstellung der Arbeiter gewendet und werden es auch immer thun. Als im Jahre 1850 in England, das Besetzungs-gesetz eingeführt werden sollte, da drohten die Fabrikanten zu reuolieren, ihre Fabriken zu schließen. Das Gesetz wurde eingeführt und nach 10 Jahren sahen selbst die Gegner ein, daß sich England besser stand. Im Jahre 1850 zählte man in England in der Baumwollindustrie 1932 Fabriken mit 330000 Arbeitern, 1862 zählte man 2887 Fabriken mit 451000 Arbeitern. Die Arbeiter hatten sich um mehr als die Hälfte vermehrt. Die Menge des verarbeiteten Rohstoffes fast verdreifacht.

Die Entwicklung der modernen Produktionsweise mit all ihren Begleiterscheinungen wird niemand aufhalten. Die kapitalistische Produktion; zwingt die kleinen Unternehmer hinab ins Proletariat zu stiegen, darum sind die Unternehmerorganisationen für den Kleinrentieren von sehr problematischem Wert. Die letzte Berufsabteilung in Preußen zeigt uns, daß innerhalb 10 Jahren mehr denn 13000 selbständige Kleinrentiere von der Bildfläche verschwunden sind. Die Konzentration des Kapitals geht mit Kleinentrentieren vor sich. Und das ist keine Arbeit von Sozialdemokraten verrichtet, sondern von der Bourgeoisie. Es ist darum falsch, gegen die Thatfachen die Augen zu verschließen. Unsere Aufgabe muß es sein, die Gewerkschaften so stark zu machen, daß die Bourgeoisie mit der Arbeiterklasse zu rechnen hat. Darum keine Zersplitterung und keine Sonderorganisationen, sondern eine stramme Zentralorganisation. Wenn die Arbeiter dies befolgen und Vertreter ins Parlament schicken, die das Programm der Sozialdemokratie vertreten, dann haben wir den Weg zu einer besseren Zukunft trotz Unternehmerorganisation.

### Sächsische Bundeskonferenz.

Obgleich wir das Bestreben haben, den Raum der „Gr. Pr.“ nicht zu sehr mit dieser Angelegenheit in Anspruch zu nehmen, müssen wir doch, da sie: außer den Vorschlägen der Redaktion und der Kollegen Arnold und Wursel noch kein Ort dazu erklärt hat und dadurch die ganze Materie fast noch auf dem alten Punkte stehen geblieben ist, heute abermals darauf zurückkommen.

Das eine Konferenz der graph. Arbeiter Sachens eine dringendes Bedürfnis ist, ist so sonnenklar das es nicht weiter begründet zu werden braucht und in der richtigen Erkenntnis dessen hat eben auch die Redaktion der „Gr. Pr.“ einen direkten Vorschlag gemacht, dessen Termin jedoch

etwas verfrüht erscheint. Der erste Punkt, mit welchem sich die Landesversammlung zu befassen hätte, wäre die Arbeitslosenunterstützung und die Erhöhung der Beiträge, denn schaffte sich die Kollegen der Einzelstaaten nicht vorher Klarheit über solche einschneidende Veränderungen innerhalb des Verbandes, dann würde auf der bevorstehenden Generalversammlung eine große Unklarheit herrschen und als Folge davon nicht Stunden sondern Tage notwendig sein, um diese Sache zu einem gedeßlichen Abschluß zu bringen.

Der zweite Punkt wäre die Vereinigung des Senefelder-Bundes mit dem Verbande, eine Frage, welche noch lange nicht reif zum entgültigen Abschluß ist, aber im Interesse beider Vereinigungen so tief eingegriffen, daß schon rechtzeitig das Für und Wider erörtert werden muß.

Die dritte Frage aber, mit der sich die Landesversammlung beschäftigen muß, ist die von Arnold-Velpag aufgeworfene: Wie schaffen wir uns eine bessere organisatorische Verfassung und damit im Zusammenhang eine regere Agitation?

Es ist unumstößlich, daß bessere Erfolge erzielt werden könnten, wenn nicht alle Arbeit auf den Schultern der Vertrauensmänner lastete und zwar deshalb, um den Bestimmungen des sächsischen Vereinsgesetzes (§ 24) aus dem Wege zu gehen. Die sächsische Regierung, welche sich nach der Wahlrechtsveränderung die größte Mühe giebt, dem Volke gegenüber loyal und volkshreundlich zu erscheinen, wird nun in dieser Session dem Landtage einen Gesetzentwurf vorlegen, welcher die Ausübung der im § 24 gedachten Bestimmung bezweckt und hierdurch ist der vorgebaute dritte Punkt aktuell geworden. Die Konferenz muß unterdessen, ob für Sachsen die Ortsverwaltungen von Nutzen sind oder nach welcher Richtung hin dem jetzigen Zustande abgeholfen und schulpulverndes Leben herbeigeführt werden kann.

Andere kleinere Angelegenheiten, sowie die Frage, auf welchem Wege die Kosten für die Konferenz aufgebracht werden sollen, können in einem 4. Punkte zusammengefaßt werden.

Um einen entscheidenden Schritt zu thun, hat sich die Agitationskommission der graph. Arbeiter Dresdens als Kommission zur Vorbereitung einer Landeskonferenz konstituiert und beruft dieselbe hiermit auf Sonntag, den 23. Januar 1898 nach Dresden ein, mit folgender provisorischer Tagesordnung:

1. Die Arbeitslosenunterstützung und die Erhöhung der Beiträge.

2. Ist eine Vereinigung des Senefelder-Bundes mit der Organisation möglich und von Nutzen für beide Verbände?

3. Wie schaffen wir uns in Sachsen eine straffere Organisation und eine regere Agitation?

4. Aufbringung der Kosten für die Konferenz und verschiedene Verbandsangelegenheiten.

Die Referenten zu den einzelnen Punkten, sowie das Kongreßprotokoll werden in Kürze noch bekannt gegeben.

Kollegen Sachsen, äußert baldigt Euer Einverständnis mit dieser Einberufung und nehmt die Wahl der Delegierten vor. — Die Hauptvorstände des Senefelder-Bundes und des Vereins der graph. Arbeiter sollen berechtigt sein, Betreuer zur Konferenz nach Dresden zu entsenden.

Gleichzeitig erwarten wir, daß der anlässlich der Brandenburger Konferenz von Sülzer versprochene Artikel über Arbeitslosenunterstützung bald in der „Gr. Pr.“ erscheint, um denselben auf der sächsischen Landesversammlung mit zu besprechen.

Nun auf, graphische Arbeiter Sachsens! Trefft alle Maßnahmen zur Abhaltung der Landeskonferenz. Es müssen neue Waffen geschmiedet werden zum Kampfe gegen jahrelange Ausbeutung, zu Ruh und Frommen der alles schaffenden Arbeit.

Die Kommission zur Vorbereitung der Landeskonferenz. Alle Zuschriften sind zu richten an Karl Mathias, Dresden-Striesen, Wartburgstraße 25.

Nachdem in verschiedenen Teilen unseres weiteren Vaterlandes Konferenzen unserer Kollegen stattgefunden haben, soll in nächster Zeit eine derartige Konferenz auch bei uns, in unserem lieben, gemüthlichen Sachsen stattfinden.

Verschiedene wichtige Fragen werden es sein, welche die Landeskonferenz eventuell beschäftigen werden. Ehe ich auf die einzelnen Fragen etwas näher eingehe, drängt sich mir unwillkürlich eine andere Frage auf, nämlich: Wird von den Kollegen Sachsens wirklich eine Landeskonferenz gewünscht? So wie es jetzt den Anschein hat, nicht! Denn es sind nun ca. 5 Wochen vergangen, seit der Beschluß der Dresdener Kollegen bekannt gegeben wurde, aber noch in keiner öffentlichen Versammlung ist dazu Stellung genommen worden, nur einzelne Kollegen haben ihre Ansichten darüber geäußert, während von einer Stellungnahme in öffentlichen Versammlungen noch nichts zu hören ist. Namentlich aus den kleineren Orten wäre eine derartige Willensäußerung sehr willkommen, um von den Meinungen und Ansichten der Kollegen ein klares Bild zu erhalten.

Kollegen! Veruzt also öffentliche Versammlungen ein und nehmt zur Frage der Landeskonferenz Stellung.

Wird dann von den Kollegen wirklich eine Konferenz gewünscht, so darf dieselbe keines Crachten nach aber nicht in Dresden stattfinden. Warum dieselbe nicht in Dresden stattfinden soll, werde ich mit wenigen Worten erläutern. Soll unsere Konferenz wirklich einen Nutzen haben, sollen die auf derselben gefaßten Beschlüsse den Kollegen, welche sich nächstes Jahr in Frankfurt zusammenfinden, die Arbeiten wirklich erleichtern, so ist es doch nötig, daß unsere Konferenz möglichst von allen Druckorten Sachsens besucht wird. Dann entstehen aber, findet die Landeskonferenz in Dresden statt, ziemlich bedeutende Kosten und es könnte die Frage entstehen, ob die Kosten der Landeskonferenz mit ihrem Nutzen und Erfolg in Einklang zu bringen sind.

Aus diesen Gründen, es also allen Orten möglich zu machen die Landeskonferenz zu beschicken und daß trotzdem die Kosten keine gar so großen sein werden, halte ich es für richtig und notwendig, die Konferenz in Chemnitz stattfinden zu lassen. Chemnitz ist seiner geographischen Lage nach der geeignetste Ort dazu, die Kollegen werden, sobald sie sich über die Lage der einzelnen Druckorte werden orientiert haben, mir hierin Recht geben.

Kollegen! Prüft diesen meinen Vorschlag und äußert Eure Meinung darüber, damit wir schließlich zu einem bestimmten Resultat gelangen.\*

Nun zu den Fragen, mit welchen sich die Konferenz zu beschäftigen haben wird, es sind Fragen, welche schon jetzt im Vordergrund unserer gewerkschaftlichen Bewegung stehen. Die Frage der Arbeitslosenunterstützung wird jedenfalls Anlaß geben zu regen Debatten. Aber Kollegen, für mich ist diese Frage eigentlich erledigt, denn fast alle Städte haben zu dieser Frage Stellung genommen und dann wird auch vom Vorstand eine Urabstimmung über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung vorgenommen werden, woran sich wieder Debatten knüpfen werden. Darum bin ich der Meinung, daß sich die Konferenz mit der Frage der Arbeitslosenunterstützung nicht gar so eingehend beschäftigen, sondern sich wichtigeren Fragen widmen möge. Eingeführt wird die Arbeitslosenunterstützung, so viel steht wohl fest, die Ansichten der Kollegen werden eben nur in dem Punkte von einander ab, ob durch die Einführung der Arbeitslosenunterstützung der Gewerkschaft wirklich ein Nutzen erwachse. Die einen glauben, durch die Arbeitslosenunterstützung wird sich ein Teil Kollegen veranlaßt sehen der Gewerkschaft den Rücken zu kehren, während die anderen auf diejenigen Gewerkschaften hinweisen, bei denen Arbeitslosenunterstützung schon gezahlt wird.

Und hier muß ich einen Irrtum berichtigen, in dem auch ich bis vor kurzer Zeit befangen war, von allen deutschen Gewerkschaften verläßt keine über 50 Brod. ihrer Berufsgenossen. Durch eine ungenaue Statistik war die Meinung bei vielen Menschen verbreitet, als ob einzelne Gewerkschaften einen höheren Prozentsatz ihrer Berufsangehörigen in sich vereinigen, dies ist nicht der Fall wie wir gesehen haben.

Eine andere Frage ist die der Verschmelzung der Organisation der Bunde. Wir sind wohl überzeugt davon, daß der Weg der deutschen Gewerkschaften nicht mehr über Alters-, Invaliden- oder Krankenversicherung führt, aber trotzdem kann eine Gewerkschaft in die Lage versetzt werden, aus tatsächlichen Gründen eine Unterstufung einzuführen. In dieser Lage befinden wir uns, nur handelt es sich bei uns darum uns mit einer Unterstufungskasse zu verschmelzen. Ob und wann diese Verschmelzung sich vollzieht bleibt eben abzuwarten. Ich bin der Ansicht, ohne Besinnlichkeit sein zu wollen, daß die Verschmelzung der Organisation mit dem Senefelder-Bund noch etwas in weiter Ferne liegt. Gleichwohl kann sich die Konferenz mit dieser Frage beschäftigen, sie kann wenigstens eine gewisse Direktive dem einzelnen empfehlen.

Nun zu einer Kardinalfrage für uns Sachsen, Organisation und Agitation. Diese beiden Fragen halte ich für die wichtigsten und mit ihnen wird sich unsere Konferenz jedenfalls auch etwas sehr einnehmend und gründlich beschäftigen. In dieser Sache wurde von Kollegen Arnold der Vorschlag gemacht, die Vertrauensmänner zu organisieren. Dieser Vorschlag wäre meines Erachtens nach sehr beachtenswert, wenn nicht unterdessen der Paragraph 24 in unserem Vereinsgesetz eine Veränderung erfahren sollte, wie es jetzt den Anschein hat, dann wären wir ja über diese heikle Frage hinweg. Bekommt der Paragraph 24 die Fassung wie ihn die Regierung dem Landtage unterbreitet hat, dann ist es uns möglich uns besser zu organisieren und auch unsere Agitation zu einer regeren zu gestalten. Hier komme ich gleich zu einem sehr wunden Punkt in unserer Gewerkschaft. Gerade wir hier in Sachsen sind betriebs der Agitation etwas sehr vernachlässigt worden. Die Agitation läßt im großen und ganzen viel zu wünschen übrig, das ist schon daraus zu ersehen, daß unsere Agitationskosten einen sehr kleinen Prozentsatz aller Ausgaben ausmachen und Sachsen speziell hat wieder die geringsten Ausgaben in dieser Hinsicht aufzuweisen. Hier etwas besser und fördernd zu wirken, muß Aufgabe und Sache der Konferenz sein. Das wäre ja im allgemeinen das was ich zur Konferenz zu sagen hätte. Noch erwähnen möchte ich, daß die geeignete Zeit wohl der 2. und 3. dritte Weihnachtst-ferntag oder der Neujahrstag wäre.

Chemnitz. D. Freleemann.

Meissen. Um der in Aussicht gestellten Konferenz etwas näher zu treten, besahen sich am Sonnabend, den 20. November die Einzelmitglieder des Vereins graph. Arbeiter u. in einer Versammlung mit der Besprechung und etwaigen Anträgen zu derselben. Kollege Unge wies zunächst auf die Notwendigkeit der Konferenz hin und empfahl die in Nr. 47 der „Gr. Pr.“ von Kollegen F. Arnold vorgelegte Ansicht.

Die Zeit des Termins etwas hinauszuschieben, macht sich notwendig und folgt schon daraus, daß die Kollegen der einzelnen Orte noch zu wenig Stellung zu der Frage genommen haben. In der Hoffnung, daß die Dresdener Kollegen den besten und nächsten Ausschluß betrifft des

\* Weßhalb Kollege F. einen solchen Vorschlag macht, der nur geeignet ist Verwirrung anzufachen, daß verstehen wir nicht. Es bleibt sich vollständig gleich ob die Lehrlinge nach Chemnitz oder Dresden fahren oder die Dresdener nach Chemnitz oder umgekehrt, besonders wenn die Kosten prozentualer bedekt werden. Würde die Konferenz in Chemnitz stattfinden, dann hätten es die Chemnitzer Kollegen allerdings bequemer, alle Abreisen aber nicht. Uebrigens reißt man nach allen Dingen Sachsens in einem Tage hin und auch wieder zurück. Bleiben wir also in Dresden. Die Redaktion.

Termins bringen werden, erledigte sich diese Frage. Die verlangte regere Agitation wurde ebenfalls gutgeheißen. Mit der Frage, die Arbeitslosenunterstützung einzuführen, soll sich eine noch vor der Konferenz abzuhaltende Versammlung gründlich beschäftigen, wozu der Vertrauensmann die ernsthafte Ermahnung gab, daß sämtliche Kollegen zur Stelle sein möchten. Im übrigen wurde noch vorgeschlagen, die Kosten von allen beteiligten Orten gemeinsam durch einen entsprechend berechneten Beitrag aufzubringen.

## Verband und Bund.

Viele sind schon zur Verschmelzung des Senefelder-Bundes mit der Organisation geschrieben und gesprochen. Es hat sich gezeigt, daß ein gewisser Teil der Kollegen überzeugt ist, daß der Zusammenschluß beider Vereine nur von Vorteil für die Gesamtozgenenschaft sein kann. Heute wo sich die Kapitalisten doppelt und dreifach organisiert haben — sie sind organisiert durch den Staat, durch Verbände und geschützt durch Versicherungen in allen Fällen — ist es höchste Zeit, daß die bisher in den Eierschalen der Harmoniebeweiler stehenden Kollegen erwachen, daß sie einsehen, daß es so nicht mehr weitergehen kann. Der Zusammenschluß beider Vereine ist zur brennenden Frage geworden nur das Wie wurde bisher sehr wenig behandelt. Man fordert zum Beitritt in den Bund auf, um eventuell bei der Abstimmung die Mehrheit zu haben. Dies wird bei fortgesetzter Agitation ja eintreten müssen, doch fragt es sich, können wir die alten Mitglieder des Senefelder-Bundes, welche durchaus der Organisation nicht angehören wollen, majorisieren? Nein! Es muß ein Mittelweg geschaffen werden, nach welchem die Mitglieder des Bundes nicht gezwungen werden können, beiden Vereinen anzugehören, desgleichen die Mitglieder der Organisation. (Dann kann ja der jetzige Zustand bestehen bleiben. Die Red.) Nur die dem verschmolzenen Vereine Neueintretenden wären gezwungen, wenn sie dem § 3 des S.-V. Statuts entsprechen, beiden Klassen anzugehören. Um ängstliche Gemüter zu beruhigen, könnten die Klassenzweige getrennt geführt und statuarisch festgelegt werden, daß das Geld, welches für Unterstufungszwecke bestimmt ist, nicht für Kampfwende gebraucht werden darf. Ich gehe von der Auffassung aus, daß wir es jedem leicht möglich machen müssen, zum Zusammenschluß beider Vereine seine Zustimmung zu geben und dem neuen Vereine auch anzugehören. Doch vermahne ich mich gegen die Zumutung des Kollegen Schneider in Neu-Wuppertal, den § 3 des Bundesstatuts fallen zu lassen. Was nützt das gegen frische Blut, wenn wir zugleich gestatteten franks Leute aufzunehmen. Das ist ja bewahrter Selbstmord. Vom ethischen Standpunkt aus, wäre es ja ganz schön gedacht, aber wir haben das vor uns liegende ist zu betrachten. Mit Mühe und Not haben wir erst kürzlich die Erniedrigung der Altersgrenze erreicht, sollen wir sie nun wieder aufgeben? — Derjenige, welcher unserer Verein bis zu seinem 40. Jahre nicht gefamnt hat oder nicht kennen wollte, dem wollen wir auch später keine Gelegenheit geben, den Verein abzumunnen. Ist die Verschmelzung des Senefelder-Bundes mit der Organisation zur Notwendigkeit geworden, so wird es bei der Diskussion nötig sein zu erörtern, wie dies am praktischsten geschehen könnte.

## Protokoll der bayrn. Konferenz

zu Nürnberg in der „Goldnen Rose“ am 31. Oktober.

Fortsetzung.

Zu Punkt 2: „Agitation“ hat Dittler-Nürnberg das Referat. Derselbe führt ungefähr aus: Die Agitation sollte unier erstes sein, doch muß sie noch in geregelte Bahnen geleitet werden, wie namentlich die Sonderorganisationsbeweiser. Die Quartalsabschlüsse zeigten eine Meinung an Mitgliedern, doch bedürfte es auch gezielter Agitation, um sie immer wieder für die Organisation zu interessieren. Bei Sonderorganisationsbeweiserungen sei Sektionsentstellung sehr am Plage. Auch die Einführung der Arbeitslosenunterstützung gebe der Agitation ein Mittel mehr in die Hand, hauptsächlich den weiblichen Mitgliedern gegenüber, um Mitglieder zu gewinnen und zu halten. Ferner von Wichtigkeit für die Agitation ist das Partei, namentlich in solchen Orten, wo die Mitglieder so wenig sind, um eine Zahlstelle zu bilden, da sollte dann immer die größte Vereinigung der anderen graph. Branden die gemeinschaftlichen Versammlungen arrangieren. Auch in größeren Orten sind Versammlungen von Geschäft zu Geschäft sehr nützlich, man erfahre bedeutend mehr über mangelte Mithände als in größeren Versammlungen, wo sich die Kollegen mit der Sprache oft nicht herauswagen. Speziell in Nürnberg habe man mit dieser Agitation ganz hübsche Erfolge erzielt und Mitglieder gewonnen. Öffentliche Versammlungen hatten bisher in Nürnberg wenig Wert, der Besuch war schwach und noch weniger hat man sich an die Versammlungsbeschlüsse gehalten. Öffentliche Versammlungen haben hauptsächlich einen Wert, wenn ein tüchtiger Referent vorhanden ist. Hier können namentlich die größeren Zahlstellen helfend einwirken. Hauptsächlich nach Aufgabe eines Flugblattes sollte immer eine öffentliche Versammlung stattfinden. Edmund-Wünchen wünscht Zentralstellen in der Agitation, um bessere Verbindung mit kleineren Druckorten anzuknüpfen, z. B. Nürnberg-Wünchen. Wünchen hat einen großen Mitgliederstand erreicht durch günstige Konjunktur, Agitation und Ausnahme einer Statistik. Wünchen ist auf 170 Mitglieder gestiegen, wohl hauptsächlich infolge der Ausnahme der umfangreichen Statistik. Auch habe man es in Wünchen bereits so weit gebracht, daß in sämtlichen Privatbibliotheken 8-stündige Arbeitszeit eingeführt ist, sowie Bezahlung von 10 geleisteten Fertigtage. Unter den Druckereien sind auch nur noch drei, die länger

als 9 Stunden arbeiten. Auf diesem Gebiete könne man viel mit Geschäftsversammlungen erreichen.

Ein Antrag für die Arbeiterinnenfrage unter diesen Punkt mit einzubeziehen, wird abgelehnt.

Kollege Kies (Ausschuß). Es ist sehr notwendig, von Mund zu Mund die Agitation besser zu pflegen, auch möchte ein beständiger Agitator für Süddeutschland eingesetzt werden, der vielseitig belodert ist.

Leit-Würzburg ist auch für einen Agitator, doch nur für Reise und Diätenzahlung. Ein solcher Agitator aber müsse ein Süddeutscher sein, weil Süddeutschland von einem solchen besser zu bearbeiten sei, als von einem Norddeutschen. Ein Punkt in der Agitation sei nicht zu unterschätzen, nämlich Umfragen zu halten, wie weit die Kollegen anderwärts mit Beiträgen herangezogen werden. Auch müssen in der Presse Artikel für die Arbeiterinnen erscheinen, was bisher nicht geschah. Hier tritt eine einflussreiche Mittagspause ein.

Nachmittags-Sitzung. Vorj. Schmidt, und Schuhmann-Würzburg, Schriftführer Wadibus-Fürth und Stadt-Würzburg.

Krause-Würzburg bemängelt in seinem Ort den Mangel agitatorischer Kräfte und gibt eine Uebersicht der Verhältnisse in Würzburg. Es sind dort beschäftigt 30 Steinbrücker, 25 Lithographen, 10 Hilfsarbeiter, organisiert 15 Steinbrücker, 5 Lithographen und 2 Hilfsarbeiter. Er sei für eine Organisationskommission.

Wunderl-Würzburg will, daß die Hauptzentren in ihrem Bezirke die Agitation zu pflegen hätten und dem Agitator in dieser Weise an die Hand gehen. Pfeiser-Fürth kritisiert die Würzburger Verhältnisse und Kollegen und zieht des weiteren die Verbindung in der Provinz durch das graphische Kartell an. Er mache den Vorschlag Süddeutschland in drei Agitationsbezirke, Nürnberg, Würzburg, Stuttgart, zu teilen. Jakobien (Ausschuß) schließt sich dem Referat Dittlers an und bekräftigt durch Anstellung eines Agitators eine große Ausgabe für den Verein. Auch erachte er Geschäftsversammlungen wie eventuelle Kreisversammlungen als agitatorisch wichtig.

Leit-Würzburg möchte, als tief einleitend in unsern Beruf, die Mac-Kinley-Bill als Vortragsthema, neben andern, empfehlen. Kies (Ausschuß) erklärt sich für den Würzburger Antrag betreffs Schaffung einer Agitationskommission. Dittler-Würzburg hält für am notwendigsten die Bearbeitung der Provinzier, da diese am meisten auf den Lohn drücken. Reigert-Würzburg verliert die Kartellfrage mit den Buchbindern, es werde viel gewünscht, daß die Kollegen die Versammlungen anderer Parteitreibler nicht besuchen, wo doch manchmal viel zu lernen ist. Wunderl-Würzburg ist für eine Tätigkeit der Hauptzentren in den umliegenden Ortschaften. Jakobien (Ausschuß) erklärt sein Einverständnis mit der Anregung Wunderl's Heimer-Wuguburg bemerkt, in der Provinz lämen wenig in Frage. Vorsitzender Schmidt ist für eine wie Agitation die sich gegenständig in der Gr. Pr. Rechnung ablegt.

Wunderl-Würzburg stellt den Antrag: Die Konferenz beschließt, daß Bayern in drei Agitationsbezirke - Würzburg, Augsburg, Nürnberg, - eingeteilt wird, die Bezirke sind verpflichtet, halbjährlich in der Gr. Pr. Bericht über ihre Tätigkeit abzugeben. Der Antrag wird angenommen.

3. Punkt: Stellungnahme zum Senefelder-Bund. Der Referent Kollege Reigert-Würzburg führt aus: Wenn man an eine Bereinigung beider kollegialen Organisationen denke, so sei die erste Frage, warum dies geschehe. Zunächst ist es notwendig, sich mit den Vorstellungen beider Organisationen vertraut zu machen. Der Senefelder-Bund will seinen Mitgliedern Unterstützung gewähren in Krankheits- und Sterbefällen, außerdem bei Invalidität, sowie den Witwen von Mitgliedern eine Rente sichern. Des weiteren gewährt er eine Unterstützung auf der Reise oder im Falle von Arbeitslosigkeit. Die gewerkschaftliche Organisation wieder bezwecke Wahrung der Interessen ihrer Mitglieder. Wenn man tiefer auf den Grund geht, sieht man, daß beide sich gegenständig ergänzen. B. V. im Bund ist man gegen Krankheit u. versichert. Lange Arbeitszeit haben Platz gegessen. Der Kampf, um das Geschäft zu erhalten, ist dadurch schwieriger geworden und zwingt uns, unsere Positionen zu ändern und uns auch mehr für alle weniger stark auftretenden Erscheinungen zu rüsten. Mit allen Mitteln sei eine Beseitigung der Kräfte zu hindern, wo es sich um Verfolgung gleicher Interessen handelt, deshalb fordern wir, daß die Kollegen sich bewußt werden, daß es notwendig ist, sich im eigenen Interesse sowohl als wie in dem der Allgemeinheit in der gewerkschaftlichen Organisation zusammenzufinden, daß sie sich auch bewußt werden, daß die Reihen der Kampfbereiten länger kampffähig zu erhalten sind, durch Unterhaltungen der beiprohemer Art. Aus allen diesen Gründen muß an eine Bereinigung des Bundes und der Organisation gedacht werden. Ferner wendet sich weiter scharf gegen die verdächtigenden Ausführungen in Nr. 43 der Gr. Pr. von einem Ehrlinger Kollegen betr. die Bereinigung des Bundes und der Organisation und schließt mit der Aufforderung, es als nächste Aufgabe zu betrachten, alle Kollegen davon zu überzeugen, daß es notwendig ist, in Interesse ihrer selbst der Kampfes- und der Unterstützungsorganisation anzugehören.

Schluss folgt.

\* Derartige Artikel sind wiederholt erschienen. Die Redaktion.

**Korrespondenzen.**  
Berlin. An die Berufscollegen, Schreiber, Präger und Prägerinnen! Sie werden ja wohl alle wissen, daß unser Kollege Kose in der öffentlichen Versammlung obiger Branchen vom 26. Oktober als Vertrauensmann gewählt worden ist mit der Obilgenheit, thätigstes und reges Interesse für das Vereinsleben wieder herbeizuführen.

Das unsere Wahl keine Unglückliche war, das zeigt uns wohl im vollsten Maße der Eifer und die Thätigkeit, die der Kollege der Sache widmete. Schon lange wissend woran wir franten, hat er es sofort verstanden auch die richtigen Mittel, die zur eventuellen Rettung führen könnten, ausfindig zu machen. Ein Hauptmittel dafür scheint nun die sogenannte "Morgensprache" zu sein, welche erstmalig am 31. Oktober bei Babel, Rosenthalerstr. 57, stattfand. Es hatten sich gegen 30 Kollegen eingefunden, meistens alte Bekannte. Auf allen Gesichtern lag eine gewisse Spannung, teils eine freudige, teils eine ernste. Kollege Kose gab die Einleitung zur Diskussion und suchte in beredeten Worten den Zweck der Zusammenkunft bekannt zu geben und ich kann wohl mit Recht sagen: noch nie hat eine so rege Debatte stattgefunden wie gerade hier, alles was die Kollegen jahrelang in ihrem Inneren verschlossen hatten, sie sprachen es frei heraus. Manches herbe Wort fiel und was man sonst nie aus den Kollegen herausbekommen konnte, hier sprach sie es aus. Man mußte ihnen in manchen Punkten recht geben, aber in vielen auch nicht. Als alle gesprochen hatten, da lag es wie Sonnenschein auf ihren Gesichtern man sah es ihnen an sie hatten sich so recht von Herzen Luft gemacht. Kollege Kose, unterstützt durch unseren Vorsitzenden Kollegen Siller sowie Kollegen Schöppe, legte in padernder Weise dar, daß man sich doch nicht möchte zu Unbesonnenheiten hinreißen lassen, denn Haber und Zwist haben immer nur zum Schaden der Organisation und zum Vorteil der Unternehmer gedient. Wir haben alle unter dem Druck des Kapitalismus zu leiden, ergo ist es unsere Pflicht dagegen gemeinsam zu kämpfen, nur die Gemeinamkeit, nur das eine Prinzip: "Einer für alle und alle für einen" kann uns zum Ziele führen. Keiner Befall lohnte die Ausführungen der Kollegen und als man sich dann trennte, da gab man sich allerley die Versicherung, von nun an bei nur ein Ziel im Auge zu haben: Agitation und Organisation zum Wohle der Gesamtorganisation. Die zweite Morgensprache fand am 14. d. M. in demselben Lokale statt und war ebenso zahlreich besucht. Man beschäftigte sich diesmal mehr mit der Frage: Wie munteren wir die Kollegen wieder auf? Allseitig war man der Meinung, dieses am besten durch Geschäftsversammlungen bezwecken zu können. Hierzu wurde vorgeschlagen, nochmals eine Morgensprache und zwar Anfang nächsten Monats stattfinden zu lassen, wo dann alle weitere besprochen werden soll. Zum Schluss möchte ich nicht unterlassen, die Kollegen aufzufordern, die Mitgliederversammlungen eben so zahlreich, ja noch zahlreicher als die Morgensprachen, zu besuchen. Sie haben Vereinsinteresse gezeigt, hoffentlich thun sie nun auch ihre Pflicht.

Sch.  
Berlin. Die am 5. d. M. bei Jubel tagende Monatsversammlung der Graphiker hatte folgende Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Borchardt über: "Die Fortschritte der Elektrotypie im letzten Jahrhundert." 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. Vor Eingang in die Tagesordnung verlas der Kassierer die Namen von 9 neuen Mitgliedern. Darauf erstellte der Vorsitzende dem Referenten das Wort. Derselbe gab in seinem sehr reichhaltigen Vortrage ein anschauliches Bild von der Entwicklung der Elektrotypie; Redner schilderte, wie vor 20 Jahren die Elektrotypie von ersten Fachgelehrten beurteilt wurde. Derselben maßen der neuen Erfindung großen wissenschaftlichen Wert zu, aber als nicht für die Technik verwendbar. Im weiteren führte der Vortragende noch an, in welcher schneller Weise sich die elektrischen Betriebe in Amerika entwickelt haben. 1855 wurde daselbst die erste elektrische Bahn eröffnet und heute sind bereits 20 000 km. mit 30 000 Motorenwagen im Betriebe. Zum Schlusse jenes Vortrages erläuterte der Referent noch den neuesten Fortschritt der Elektrotypie, die Telegraphie ohne Draht. Hierzu wurde zu Vereinsangelegenheiten übergegangen: hierzu erklärte der Vorsitzende, daß die Kommission den Fall Kose untersucht hat und daß der gegen denselben erhobene Vorwurf, sich in jeder Weise als ungebührlich erwiesen hat. Kollege Sillig kam alsdann auf die Geschäftsversammlung von Schütte zu sprechen, dieselbe hat dazu beigetragen, die Verhältnisse in dem betreffenden Geschäft zu regeln. Weiter wurde mitgeteilt, daß die Kollegen sich recht zahlreich an der Unterstützung der englischen Maschinenbauer beteiligen möchten. Nachdem noch eine kleine Diskussion über das Kränzchen stattfand und das Vergnügungscomité bekannt gab, daß das Stiftungsfest am 19. Februar in Schmiedels Festhause stattfindet, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen. C. V.

**Verschiedenes.**  
Unsere in voriger Nummer gebrachte Nachricht bezüglich der "Kunstankalt Kaufbeuren" ist nicht richtig, wie aus nachstehenden Bericht des Kaufbeurer Tageblattes zu ersehen ist: (Kunstankalt Kaufbeuren) Die außerordentliche Generalversammlung vom 9. November hat die Erhöhung des Aktienkapitals um 400 000 Mark beschlossen. Die ganze Summe ist bereits gezeichnet. Der erfreuliche Auswuchs des Geschäftes in den letzten paar Jahren hat die Veranlassung zu dieser Kapitalvermehrung gegeben. Die wichtigste Anlage wird noch weiter ausgedehnt. Durch die Verbindung mit einer der angelegentlichsten Kunstankalten des Auslandes wird die Geschäftstätigkeit in den Stand gesetzt, über in Deutschland bisher nicht gekannte graphische Verfahren zu verfügen, so daß das Establishment an Leistungsfähigkeit außerordentlich gewonnen hat. Die Firma wurde in Kunstankalt und Druckererei Kaufbeuren" abgeändert. Der Aufsichtsrat besteht aus den Herren Bankier Karl Frey in Kaufbeuren, Vorsitzender, Bankier K. Gumann in Augsburg, Fabrikant O. Müller in Kaufbeuren, Fabrikant A. Sperry in Baden (Schweiz), Kaufmann S. Rüggli-Donegger, Kunstankaltbesitzer Paul F. Wild und Druckerbesitzer K. Wild-Blug in Jülich.

In Mailand erscheint seit 12. November ein Organ unserer italienischen Kollegen unter den Titel „Il Litografo“. Die uns vorliegende Probenummer umfaßt 4 Seiten und ist sauber ausgestattet. Als Redakteur zeichnet Kollege Tommasini Darlo.

Für die englischen Maschinenbauarbeiter gingen bis 23. November ein: Berlin M. 60,95, Bochum M. 4, Einbeid M. 11,05, Fürth M. 30, Hildesheim M. 6,55, Kiel M. 9,30, Koblenz M. 17,05, Mannheim M. 7,50, Offenbach M. 8, Plauen M. 10, Rixdorf M. 60, Stettin M. 33,85, Summa M. 267,25, bereits quittiert 190,65 M. Summa 457,90 M. Otto Siller.

**Briefkasten der Redaktion.**  
J. Sch., Wien. Vielen Dank für freundliche Einladung, A. A., München. Die Expedition der letzten Nummern begann allerdings später wie sonst, wodurch dann auch eine spätere Zustellung erfolgen mußte. In einem Falle war die Ursache der Verspätung übrigens kürzlich München selbst, welches absolut einen verspätet eingegangenen Bericht noch aufnehmen wünschte.

**Adressen-Änderungen.**  
Baden i. B. Betr. Fritz Leiz, Altg. Marktplatz 6. Emmerich. Betr. Aug. Meyer, Str. Alter Markt bei Hausmann.  
Fürth. Bev. Konr. Strich, Str. Holzstr. 21 III. Heilbronn. Bev. O. Sonderforge, Str. Redaktionsstr. 15.  
Königsberg. R.-U. A. Gontes, Steinbrücker, Alter Graben 28 II.  
Konstanz. Bev. B. Schlegel, Tapetenr., Conrads-gasse 20, daselbst M.-H. von 12-1 und 7-8 Uhr abends.  
Plauen i. V. Betr. E. Bögel, Str. Städtgstr. 23.  
Rudolfsbad. R.-U. bei Heinke, Str. Schwarzburgstraße.  
Stettin. Bev. Gust. Eiert, Str. Schilppstr. 70.

**Anzeigen.**

**Achtung! Achtung!**  
Verein der graph. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

**Provinzial-Konferenz**

der rheinisch-westfälischen Zahlstellen  
Sonntag, den 12. Dezember, vormittags 9 Uhr im Restaurant Pils, Bitter-Platz in Düsseldorf in der Nähe des Bahnhofs Witt.

Tagesordnung: 1. Beitragsverbüch und Arbeitslosenunterstützung; 2. Bereinigung des Senefelder-Bundes mit der Organisation; 3. Unsere Lohnbewegung von 1896; 4. Sonderorganisation der Lithographen und Formschneider; 5. Agitation und Verschiedenes.

Kollegen! Wir fordern hiermit nochmals auf, alle nötigen Vorbereitungen zu treffen, insbesondere die Wahl der Delegierten, so weit es noch nicht geschehen, umgehend vorzunehmen und uns Nachricht zu geben.

J. A.: W. H. Sundermann.  
Ersfeld, Geldernstraße 87.

**Stettin.**

**Achtung, Steinbrücker und Lichtdrucker!**  
Sonntag, den 28. November 1897, vormittags 9 1/2 Uhr findet

**Morgensprache**

bei Grubel, Brunnenstraße 188, statt.  
Um zahlreiches Erscheinen erucht  
Der Vertrauensmann.

**Zahlstelle Nürnberg.**

Wittwoch, den 1. Dezember, abends 8 Uhr im Vereinstokal „Gold'ne Kose“ findet unsere

**Ordentliche Mitglieder-Versammlung**

statt. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder; 2. Vortrag; 3. Der Streik der englischen Maschinenbauer; 4. Vereinsangelegenheiten.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet  
Die Verwaltung.

**3-4 Chromolithographen**

auf kleinere Sachen in angenehme Stellung gesucht.  
Offerten an  
W. Pasch,  
in Firma W. Wajure,  
Zmder. Str. Bräuelles,  
47, Rue de Metzger.

**Chromodrucker**

Der Steinbrücker Otto v. Hofen aus Heilbronn, wohnt in Ludwigsburg thätig, wird ersucht, seine jetzige Adresse an G. Reunwith, Würzburg, Grombühlstr. 34 III, gelangen zu lassen.

**Ein sehr geliebter Chromodrucker**

mit eigener Anrudererei, der auch geliebter Chromolithograph ist, sucht mit Lithographen, welche fortlaufende Aufträge haben, in Geschäft-Verbindung zu treten.

Näheres bei  
W. Schmidt, Berlin N., Choriner Str. 29.

**Leipzig, Restaurant „Graphia“**

Besprechstol aller graphischen Arbeiter.  
Jeden Freitag Elitetag.  
Hierzu ladet ergebenst ein O. Grelmann.

Frauen-Abend.